

V0896/21

Grundsatzbeschluss zur Errichtung eines Zentrums für die Kultur- und Kreativwirtschaft
(Referent: Oberbürgermeister Dr. Scharpf)

Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit vom 19.10.2021

Stadtrat Wittmann fragt nach, wer das geplante Café betreiben solle und betont, dass er sich gegen die Stadt als Betreiber ausspreche. Da es in diesem Bereich bereits viele Cafés gebe, sieht er keine Notwendigkeit für ein Weiteres. Im Hinblick auf die Finanzierung merkt er an, dass in der Vorlage aufgeführt sei, dass die Kultur- und Kreativwirtschaft hier angemessen beteiligt werde. Er fragt nach, was in diesem Zusammenhang angemessen bedeute. Im Hinblick darauf, dass die Stadt aufgrund der Zuschüsse von 80 Prozent den ersten Stock ausbaue, können nicht über eine ortsübliche Miete gesprochen werden. Insofern sei es wichtig, den Vorvertrag vor Unterschrift, im Finanzausschuss zu diskutieren.

Herr Prof. Rosenfeld informiert, dass bewusst aufgeführt worden sei, dass dieses Betriebskonzept aufgestellt werden müsse. Den genannten Satz, hinsichtlich der angemessenen Beteiligung, habe er formuliert. Eine konkrete Prozentzahl könne er aber noch nicht sagen. Das Zentrum solle im Sinne einer Publik-Private-Partnerschaft betrieben werden. Es solle nicht so sein, dass die Stadt Räume kostenfrei zur Verfügung stelle. Deswegen habe er diesen Satz als Merker und auch als Aufforderung mit aufgenommen.

Herr Engert informiert, dass die Kreativwirtschaft neben den subventionierten Kulturbereich auch nicht subventionierte Kulturbereiche, wie z. B. Architekten und Designer, umfasse. Hierbei handle es sich um wirtschaftlich leistungsfähige Bereiche, welche eine entsprechende Rolle spielen. Insofern sei der Satz von Herrn Prof. Rosenfeld korrekt, denn die Kreativwirtschaft sei durchaus leistungsfähig. Herr Engert teilt mit, dass das Konzept ausgearbeitet werde. Im Hinblick auf das Café spricht er sich für einen externen Betreiber aus.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll sichert zu, dass der Ausschuss über die Vertragsverhandlungen informiert werde.

Durch die Schaffung dieses Kulturhauses habe man mit dem Erdgeschoss zum einen Investitionen und verspreche sich davon einen Mehrwert und Synergien. Stadtrat Stachel fragt nach, wovon man sich im Gegenzug trennen wolle. Hier spreche man von Einsparungen oder Reduzierungen. Da das Betriebskonzept noch nicht vorliege, sei auch verständlich, dass noch keine Zahlen vorgelegt werden können. Stadtrat Stachel lege aber schon Wert darauf, dass das Betriebskonzept vor der Umsetzung im Ausschuss ausgiebig diskutiert werde. Seines Erachtens geben solche Formulierungen wie „angemessen“ viel Spielraum.

Das Betriebskostenkonzept beziehe sich auf das Erdgeschoss und auf das Kultur- und Kreativzentrum und nicht auf die Verwaltung, so Herr Engert. Alle dort untergebrachten Verwaltungsdienststellen seien gegenwärtig auch in anderen Anmietungen untergebracht. Keine einzige sei in der Liegenschaft der Stadt untergebracht. Dies bedeute, dass die eine

Anmietung die Andere ersetze. Die Investition für die Bürobereiche übernehme der Investor. Dieser benötige die Planungen der Stadt und übergibt nach einjähriger Umbauphase die Räumlichkeiten für eine geeignete Büronutzung. Die Vermietung erfolgt durch den vom Stadtrat beschlossenen festgelegten Mietpreis. Derzeit sei es so, dass das Schulverwaltungsamt und das Amt für Kinderbetreuung in unterschiedlichen Anmietungen untergebracht seien. Für den Ablauf der Dienstgeschäfte sei dies nicht sinnvoll. Insofern habe man bei der Zusammenführung dieser Dienststellen große Synergieeffekte. Herr Engert sichert zu, dass das Konzept für das KUK dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt werde.

Es gehe hier um nichts anderes als um einen Grundsatzbeschluss, so Stadtrat Höbusch. Es stehe außer Frage, dass die weiteren Schritte, auch in finanzieller Hinsicht, begleitet werden. Hierbei handelt es sich um einen Innenstadtprozess und die Synergieeffekte seien positiv. An Stadtrat Wittmann und Stadtrat Stachel gewandt merkt er an, keine „Stecken zwischen Radl zu schmeißen, welche noch nicht fahren“.

Es sei bekannt, dass sich nicht alle für die Kultur- und Kreativwirtschaft aussprechen, so Stadtrat De Lapuente. Er zeigt sich erfreut über die Entstehung dessen in Ingolstadt. Ein Kultur- und Kreativzentrum, auf das schon lange gewartet worden sei, sei ein Meilenstein für die Stadt. Insofern solle man dies positiv bewerten und die weiteren Details in den Fachausschüssen klären.

Die ureigenste Aufgabe des Finanzausschusses sei, sich Gedanken über die Finanzen der Stadt zu machen, so Stadtrat Stachel. Eine finanzielle Begleitung stehe hier außer Frage. Insofern könne eine nicht aussagekräftige Formulierung nicht kommentarlos begleitet werden.

Um keine bösen Überraschungen zu erleben, fragt Stadtrat Wittmann gerne nach. Weiter betont er, dass er kein Problem mit der Kultur- und Kreativwirtschaft an dieser Stelle habe. Interessant wäre noch, wie viele Dienststellen zu welchen Mietpreisen aufgegeben und wie viele Quadratmeter zu welchen Preisen neu angemietet werden. Diese Klärung sei auch Aufgabe des Fachausschusses und insofern bittet er um Nachsicht im Hinblick auf seine Fragen. Die Zusammenführung von Dienststellen begrüße er.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll sichert konkrete Details zur vertraglichen Gestaltung zu.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.